

nehmer ein Mitglied der KPCh oder der Jugendorganisation der KPCh bzw. hat enge Verbindungen zu Kadern und Managern im staatlichen Sektor. Dieser soziale Hintergrund verhindert, so die in der CNA genannten Untersuchungen, daß die Privatunternehmer sich zu einer eigenständigen gesellschaftlicher Kraft formieren. -schü-

\*(28)

### Fortsschritte bei der Bekämpfung der Armut

Obwohl Statistiken für die Entwicklung der Einkommen erst unvollständig vorliegen, kann nach offizieller Einschätzung für 1994 von einer weiteren Reduzierung der insgesamt auf 80 Millionen geschätzten Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Personen ausgegangen werden. Erfolge bei der Armutsbekämpfung meldeten insbesondere die Provinzen Hebei, Sichuan und Henan. Hier sollen rd. 3,7 Mio. Personen materiell besser gestellt worden sein, so daß sie nicht mehr unter die Armutsgrenze fallen.

Landesweit konnte die Armut im Zeitraum 1986-1992 insgesamt für 45 Mio. Menschen und jährlich für 6,5 Mio. Personen reduziert werden. Damit ging die Zahl der Armen von 125 Mio. Personen im Jahre 1986 auf 80 Mio. Menschen zurück. Im letzten Jahr stellte die chinesische Regierung einen neuen Siebenjahresplan (1994-2000) auf und kündigte eine Steigerung der Finanzzuweisungen für arme Gebiete an, die die staatliche Unterstützung für die Armutsbekämpfung auf jährlich rd. 10 Mrd. Yuan erhöhte. Die einzelnen Provinzen und Kreise haben eigene Pläne zur Armutsrückbildung erarbeitet, und ihre Finanzzuweisungen für arme Gebiete betragen im letzten Jahr 620 Mio. Yuan. Die Fördermittel, die z.B. die Provinz Henan bereitstellte, beliefen sich auf 40 Mio. Yuan. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.3.95, nach SWB, 2.3.95) -schü-

\*(29)

### Jiangxi erläßt Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung

Ende 1994 hat die Provinz Jiangxi Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung beschlossen, die eine Konkretisierung des neuen Arbeitsrechts, der vom Staatsrat erlassenen "Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung von Angestellten und Arbeitern in Staatsunter-

nehmen" sowie anderer relevanter Gesetze darstellen. Im folgenden werde einige wesentliche Aspekte aus diesen Bestimmungen vorgestellt.

Die von der Provinz Jiangxi festgelegten Bestimmungen beschränken sich auf die Arbeitslosenversicherung von Arbeitern und Angestellten in staatseigenen Unternehmen. Die Versicherung gilt für die Arbeiter und Angestellte, deren Unternehmen in Konkurs gegangen ist, umstrukturiert wurde und dadurch Arbeitskräfte entläßt sowie für Beschäftigte, deren Arbeitsverträge abgelaufen sind oder die sonst aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besitzen. (Kap.1)

In den Arbeitslosenversicherungsfonds fließen die Beiträge, die die Unternehmen für ihre Beschäftigten abführen müssen, die Zinsen aus der Anlage der nicht verwendeten Beiträge sowie Subventionen der Lokalregierung und Schenkungen. Der einheitliche Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, den die Unternehmen abführen müssen, umfaßt ein Prozent der Bruttolohnsumme. Alternativ kann das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten aus den letzten Jahren mit der Gesamtzahl der Beschäftigten multipliziert und als Referenzmaßstab herangezogen werden.

Die Unternehmen sollen ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bis zum 20.Tag eines Monats auf das Bankkonto einer lokalen Versicherungsorganisation einzahlen. Diese Organisation ist verpflichtet, die Gesamtsumme am Ende eines Monats innerhalb von fünf Tagen auf das Sonderkonto der Finanzabteilung der Lokalregierung zu überweisen. Mit Ausnahme der monatlichen Zahlung der Versicherung an die bezugsberechtigten Arbeitslosen, müssen alle übrigen Ausgaben in Übereinstimmung mit den relevanten Vorschriften zur Verwaltung von Extra-Haushaltsmitteln (der Lokalregierung) abgerechnet werden. (Kap.2)

In den Bestimmungen wird ausführlich festgelegt, wie die Beiträge zwischen den verschiedenen Lokalebene aufgeteilt und mögliche Subventionen zugewiesen werden. Die Verwendung der Mittel aus dem Arbeitslosenversicherungsfonds gilt für

- Arbeitslosenunterstützung für Arbeiter und Angestellte,
- medizinische Versorgung für Arbeitslose und ihre Familien,

- Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose,
- Mutterschaftsgeld für Arbeitslose,
- Verwaltungsausgaben der Versicherungsgesellschaften und für
- sonstige Ausgaben für Arbeitslose, die von der Provinzregierung beschlossen wurden.

Die Zahlungen an die Arbeitslosen erfolgen einen Monat nach der Entlassung und der Registrierung durch die Versicherungsgesellschaft. Die Dauer der Unterstützung richtet sich nach der vorherigen Länge der Beschäftigung des Arbeitslosen im Unternehmen. Arbeitslosengeld wird nicht an solche Arbeiter und Angestellten gezahlt, die weniger als ein Jahr beschäftigt waren. Ansonsten wird pro Jahr der Beschäftigung eine Unterstützung von drei Monaten angerechnet, maximal jedoch lediglich 24 Monate.

Auch die Höhe des Arbeitslosengeldes wird nach der Beschäftigungsdauer sowie nach einem von der Lokalverwaltung festgelegten Standard für die Unterstützung berechnet. Auf der Basis einer Mindestzahlung von 100% erhalten die Arbeitslosen mit einer vorherigen Beschäftigung von bis zu fünf Jahren 120%, bis zu 10 Jahren von 130%, etc. (Kap.3)

Die Bestimmungen legen weiterhin die Aufgaben der Unternehmen und Beschäftigten im Falle von Entlassungen fest, die Organisation und die Aufgaben der Versicherungsgesellschaften sowie die gesetzlichen Zuständigkeiten. (Kap. 4-7) ("Jiangxi Province Regulations on Unemployment Insurance for Workers and Staff Members in State-Owned Enterprises" , in Jiangxi Ribao, Nanchang, in Chinese, 26.12.94, nach SWB FE/D2223/ S2, 9.2.95) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(30)

### Acht Punkte von Jiang Zemin zu Beijing Taiwanpolitik

Am 30.Januar, dem Silvesterabend nach dem traditionellen chinesischen Lunarkalender, hat Jiang Zemin, Staatspräsident der VR China und Generalsekretär der KPCh, auf einer Festveranstaltung vor sieben verschiedenen, für die taiwanesischen Angelegenheiten zu-

ständigen politischen und gesellschaftlichen Institutionen in Beijing eine Rede mit dem Titel "Die Vorantreibung der großen Aufgabe der Vereinigung des Vaterlands weiter anstreben" gehalten, in der acht Punkte seiner Ansichten vorgetragen wurden. Sie lauten im Auszug:

1. Festhalten am Prinzip eines Chinas gilt als Grundlage und Voraussetzung für die Realisierung einer friedlichen Vereinigung. Die Souveränität und das Territorium Chinas lassen sich nicht trennen. Jede Meinung und Aktivität für die Schaffung taiwanesischer Unabhängigkeit sollen entschieden bekämpft werden.
2. Wir sind nicht gegen die Entwicklung der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen Taiwans mit dem Ausland, aber widerstehen den Aktivitäten zur sogenannten "Ausdehnung des Bewegungsraums im internationalen Leben" (Taiwans), die auf "Zwei-China" oder "Ein-China, Ein-Taiwan" abzielen. Solche Aktivitäten können ja kein Problem lösen, sondern im Gegenteil lassen die Kräfte für die taiwanesischen Unabhängigkeit noch mehr den Prozeß friedlicher Vereinigung (Chinas) stören.
3. Wir befürworten konsequent, über eine friedliche Vereinigung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu verhandeln. Im Laufe des Verhandlungsprozesses für eine friedliche Vereinigung dürfen repräsentative Persönlichkeiten einzelner Parteien, Organisationen von beiden Seiten zur Beteiligung daran eingeladen werden. Hier schlage ich vor, daß beide Seiten als ersten Schritt zunächst über die offizielle Beendigung der Feindseligkeiten zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße unter dem Prinzip von einem China verhandeln und eine Vereinbarung unterzeichnen. Auf dieser Grundlage verpflichten sie sich (beide Seiten) gemeinsam, die Integrität der Souveränität und des Territoriums von China zu bewahren und die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu planen. Was die Bezeichnung der politischen Verhandlungen sowie Ort und Form anbetrifft, kann man so oder so eine für beide Seiten akzeptable Lösung finden, wenn die gleichberechtigte Verhandlung schnell stattfindet.
4. (Beide Seiten) sollen sich um die friedliche Vereinigung bemühen;

Chinesen kämpfen nicht gegen Chinesen. Daß wir uns nicht verpflichten wollen, auf Anwendung von Waffengewalt zu verzichten, richtet sich keinesfalls auf die Landsleute von Taiwan, sondern gegen ausländische Kräfte, die die chinesische Vereinigung verhindern, und diejenigen, die eine "Unabhängigkeit Taiwans" betreiben wollen.

5. Für die gemeinsame wirtschaftliche Prosperität beider Seiten und den Wohlstand der chinesischen Nation soll man mit voller Kraft den gegenseitigen Wirtschaftsaustausch und die gegenseitige Wirtschaftszusammenarbeit entwickeln. Wir sind gegen die Beeinflussung und Störung der Wirtschaftszusammenarbeit durch politische Unterschiede (beider Seiten). Auf alle Fälle werden wir die gerechten Interessen der taiwanesischen Unternehmen (auf dem chinesischen Festland) wahren. Direkte Post-, Verkehrs- und Handelsverbindungen sind aus objektiver Betrachtung erforderlich für die Wirtschaftsentwicklung und Kontakte in allen Bereichen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße und auch im Interesse aller Landsleute auf beiden Seiten. Es ist voll berechtigt, praktische Maßnahmen zu ergreifen, um die Realisierung der "drei Verbindungen" zu beschleunigen. Die Verhandlungen über praktische Angelegenheiten zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße sollen gefördert werden. Wir sind dafür, auf der Grundlage von gegenseitigem Vorteil über die Wahrung der Interessen von Investitionen taiwanesischer Unternehmen (auf dem chinesischen Festland) zu verhandeln und eine "nichtstaatliche" (*Minjian*) Vereinbarung zu unterzeichnen.
6. Die von allen Völkern Chinas gemeinsam geschaffene 5.000jährige glänzende Kultur ist seit eh und je ein geistiges Verbindungsband für das Zusammenhalten aller Chinesen und gilt auch als eine wichtige Grundlage für die Realisierung der friedlichen Vereinigung. Landsleute auf beiden Seiten der Taiwan-Straße sollen die überragende Tradition der chinesischen Kultur gemeinsam erben und entwickeln.
7. (Wir) sollen die Lebensweise der Landsleute in Taiwan und ihren Wunsch nach Selbstverwaltung voll respektieren, ihre gerechten Interessen wahren.
8. Wir begrüßen einen Besuch der "führenden Person der taiwanesischen Behörden" in einer "entsprechenden Eigenschaft" bei uns. Wir sind auch bereit, auf Einladung der taiwanesischen Seite nach Taiwan zu gehen. Wir können gemeinsam über staatliche Angelegenheiten sprechen, zu bestimmten Fragen Meinungen austauschen. Selbst auch einfache gegenseitige Reisen oder Besichtigungen sind nützlich. Die chinesische Sache sollen wir unter uns selbst erledigen, ohne Hilfe irgendeiner internationaler Gelegenheit. (RMRB, 31.1.95; DGB, 4.2.95)

chen Behörden" in einer "entsprechenden Eigenschaft" bei uns. Wir sind auch bereit, auf Einladung der taiwanesischen Seite nach Taiwan zu gehen. Wir können gemeinsam über staatliche Angelegenheiten sprechen, zu bestimmten Fragen Meinungen austauschen. Selbst auch einfache gegenseitige Reisen oder Besichtigungen sind nützlich. Die chinesische Sache sollen wir unter uns selbst erledigen, ohne Hilfe irgendeiner internationaler Gelegenheit. (RMRB, 31.1.95; DGB, 4.2.95)

Auf Jians Rede gibt es in Taiwan unterschiedliche Reaktionen. Einige meinen, sie sei nichts anderes als "alter Wein in einer neuen Flasche". Denn, so die Argumente, gleiche Angebote hat Beijing bei verschiedenen Gelegenheiten seit 1979 schon mehrmals unterbreitet. Aber andere sind der Ansicht, daß das Friedensangebot Beijings zum erstenmal von Jiang Zemin als Parteichef und Staatspräsident vorgetragen wurde; darüber hinaus sei diesmal Jians Ton herzlicher und flexibler. Auf einer Feier der KMT (Kuomintang) zum traditionellen chinesischen Neujahr am 3. Februar bezeichnete Parteivorsitzender und Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) Jians Rede als eine "sehr wichtige Sache". "Wir sollen es ernst nehmen." Er gab die Anweisung, mit allen Gesellschaftskreisen Meinungen darüber auszutauschen. Die in der Regierung dafür zuständigen Parteimitglieder wurden von ihm aufgefordert, nach eingehenden Studien über Jians Vorschläge entsprechende Antworten auszuarbeiten. (ZYRB, 4. und 9.2.95; LHB, 4.2.95)

Am 21. Februar hat Premier Lian Zhan (Lien Chan) in seinem Regierungsreport vor dem Gesetzgebungs Yuan zur Antwort auf Jians Rede "vier Punkte" bezüglich der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße verkündet: "Anerkennung des Status quo, Verstärkung gegenseitigen Austausches, gegenseitige Respektierung, Verfolgung der Einigung." Er meint, die "Verhandlungsepoche" sei gekommen. Jedoch betonte er, daß z.Z. zwei von einander unabhängige politische Gebilde in China beständen und appellierte an Beijing, vor der Einigung Chinas Taiwan international nicht zu isolieren. (LHB, CP und ZYRB, 22.2.95)

Beide Seiten der Taiwan-Straße haben starkes Interesse an einer weiteren Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen,

und beide Seiten sprechen von friedlicher Vereinigung, doch wegen der Souveränitätsfrage ergeben sich zwischen ihnen immer noch keine offiziellen und direkten Kontakte. Die Post-, Handels- und Verkehrsverbindungen müssen über Dritttorte, vor allem Hongkong, laufen. Während Taiwan seinen Anspruch auf die Alleinvertretung für das ganze China bereits aufgegeben hat, beharrt Beijing nach wie vor auf der chinesischen "Hallstein-Doktrin". Trotz der gemütvollen Reden von Jiang und Lian wurde die politische Diskrepanz immer noch nicht beseitigt.

Einer telefonischen Meinungsumfrage der LHB vom 6. bis 8. Februar, also kurz nach Jiangs Rede, zufolge wollen 40% der 961 befragten erwachsenen Bürger Taiwans die Aufrechterhaltung des Status quo, 23% die Vereinigung mit dem Festland und 15% die taiwanesishe Unabhängigkeit. Ferner glauben nur 13% der Befragten an die Ehrlichkeit des Friedensangebots der chinesischen Kommunisten, und 62% glauben nicht daran; 33% befürworten sofortige Verhandlungen für die Vereinigung und 42% sind dagegen. (LHB, 9.2.95) -ni-

\*(31)

### 6,5% Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr

Taiwans Wirtschaft hatte im letzten Jahr nach jüngsten Angaben des Amts für Budget, Rechnungswesen und Statistiken ein reales Wachstum von 6,5% - gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) - zu verzeichnen, höher als das im Sechsjahresplan vorgesehene Ziel von 6,2%. Während die Produktion der Industrie um 5,7% und die Produktion der Dienstleistungen um 7,7% zulegte, fiel die landwirtschaftliche Produktion um 4,1%. Auf der Verwendungsseite des BIP stiegen die privaten Investitionen um 10,4% und die staatlichen um 11,2%; der Privatverbrauch nahm um 8,2% zu und der Staatsverbrauch um 1,2% ab.

Die unerwartete Exportexpansion im zweiten Halbjahr 1994 infolge der internationalen Konjunkturerholung hat zu einem höheren BIP-Zuwachs von 7,01% im vierten Quartal, dem höchsten seit dem zweiten Quartal 1992, beigetragen und damit auch das Ergebnis für das gesamte Jahr 1994 verbessert. Letztes Jahr hat Taiwan insgesamt Waren im Wert von mehr als 93 Mrd. US\$ aus- und über 85,3 Mrd. US\$ eingeführt (9,4% bzw. 10,8% mehr als 1993). Daraus ergab sich ein Handelsüberschuß von 7,7 Mrd. US\$ (-4,2%).

Für das laufende Jahr rechnet das Amt für Budget, Rechnungswesen und Statistiken, von einer Fortsetzung der Weltwirtschaftsbelebung ausgehend, mit einer Beschleunigung der Ex- und Importe (+11,9% bzw. 13,2% gegenüber dem Vorjahr). Damit würden zum erstenmal der Exportwert über 100 Mrd. US\$ auf 104,1 Mrd. US\$ und das Gesamthandelsvolumen über 200 Mrd. US\$ auf 200,7 Mrd. US\$ steigen. Ferner erwartet das Amt eine Steigerung der Privatinvestitionen von 13,9%, die höchste seit drei Jahren. Die Regierungsinvestitionen würden ebenfalls um 8,1% steigen, hingegen die der öffentlichen Unternehmen um 8,6% sinken. Das BIP würde sich um 6,7% erhöhen, 0,23% höher als die Schätzung im letzten November. Zugleich wurde die geschätzte Inflation auch nach oben auf 3,7% revidiert. (LHB, 17.2.95; *Jingji Ribao*, Taipei, 17.2.95) -ni-

\*(32)

### Umweltlage: Ist die "schöne Insel" in einen "Schweinstall" verwandelt?

Das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* hat in seiner Ausgabe vom 6. Februar d.J. (S.106-112) die verheerenden Umweltverseuchungen als Folge einer rücksichtslosen Politik vom Primat des Wirtschaftswachstums in den asiatischen Schwellenländern, vor allem in Taiwan und Südkorea, geschildert. Der Reporter sagte, das vielgepriesene ökonomische Wunder in Fernost habe ein ökologisches Desaster und deformierte Sozialordnungen von bisher nicht gekannten Ausmaßen hinterlassen. Steigender Wohlstand im "brutalen Kapitalismus" von Südkorea, Taiwan, Singapur und der britischen Kronkolonie Hongkong - den sogenannten "vier kleinen Tigern" - reicht nicht mehr als einziger Ausgleich für den Verlust an menschlichen Lebensbedingungen. Doch jetzt dürften sich die Bürger rühren. Immer mehr Umweltgruppen, neugegründete Parteien und selbst reumütige Politiker in den fernöstlichen Schwellenländern liefen gegen den Wachstumsfetisch Sturm. Es könne zu spät sein, meint *Der Spiegel*.

In Taiwan (Formosa oder "schöne Insel") interviewte *Der Spiegel* mehrere Umweltschützer. Ein Physikprofessor an der renommierten Nationalen Universität Taiwan und Vorsitzender der Union für Umweltschutz in Taiwan, Chang Kuo-long (Zhang Guolong), sagte: "Politische Unterdrückung sollte Stabilität garantieren, um Investoren

abzusichern. Umweltschutz wurde gleichgestellt mit Propaganda für den Feind." Lin Jun-yi, ein Biologe und Vater der taiwanesischen Umweltschutzbewegung, beklagte sich darüber, daß die "krude Mischung aus konzeptionsloser Wachstumseuphorie gepaart mit weitverbreiteter Korruption die Insel in ein urbanes Inferno" verwandelt habe. "Wir leben hier in einem Schweinstall," lautete sein Fazit. Der Generalsekretär der Stiftung für neue Umwelt in Taiwan, Liu Wen-chao, der fünfzehn Jahre in Regensburg gelebt und sich auch an den Demonstrationen in Wackersdorf und Bonn für eine saubere Umwelt beteiligt hatte, äußerte sich in Verzweiflung: "Hier geht es nur noch ums Überleben."

In dem Bericht des *Spiegel* heißt es, 58% des aus den Wasserrohren sprudelnden Trinkwassers in Taiwan seien für Menschen nicht mehr genießbar - es sei mit Keimen, Pestiziden und Phosphaten verpestet. Rund 90% der Flüsse seien mit Schwermetallen vergiftet. Auch ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der subtropischen Insel sei zerstört. Abgase aus "Giftküchen und Dreckschleudern" sowie Kunstdünger hätten die Erde ruiniert. Mindestens 400 Mrd. US\$ würde nach Schätzung von Taiwans Umweltbehörden die Beseitigung der Umweltschäden kosten. Das wäre fast das Fünffache des Devisenschatzes, auf den Taiwans Regierung immer mit Stolz verweist, wenn sie mit dem Erfolg des Wirtschaftswunders prahlt.

Die Regierung Taipei bezeichnete den *Spiegel*-Bericht als übertrieben, obwohl sie die zu wünschen übriglassende Umweltlage Taiwans nicht leugnet. Regierungssprecher Jason C.Hu (Hu Zhi-qiang) meint, ein Teil des Berichts im *Spiegel* entspreche nicht den Tatsachen. Besonders lehnt er die Bezeichnung Taiwans als "Schweinstall" sowie die Behauptung von politischer Unterdrückung in Taiwan ab. Wirtschaftsminister Chiang Pin-kung (Jiang Bingkun) wies darauf hin, daß alle Staaten in der Welt erst nach einer bestimmten Stufe der Wirtschaftsentwicklung den Umweltschutz in ihre Überlegungen einbezogen hätten. Seit einigen Jahren sei beides in Taiwan gleichmäßig behandelt worden. Auf einer Pressekonferenz betonte der stellvertretende Administrator des Umweltschutzamtes Ch'en Lung-chi (Chen Longji), seine Regierung lege jetzt großen Wert auf Umweltschutz, und Taiwan sei keinesfalls ein "Schweinstall". Inzwischen sei die Umweltqualität in

Taiwan bereits gestiegen. Entgegen des Berichts vom *Spiegel* verwies die Umweltschutzbehörde ferner darauf, daß die taiwanesischen Flüsse z.B. gemäß einer Untersuchung 1993 "nur" zu 12,9% "schwer" verunreinigt seien, und zwar alle im Unterlauf. Was den Gehalt von Schwermetallen betrifft, entsprechen die Qualität mit 95% des Flußwassers den Normen. Von insgesamt 880.000 ha Ackerland hätten lediglich 160 ha einen höheren Schwermetallgehalt. 105 ha Reisfelder seien wegen übermäßigen Kadmiumgehalts brachgelegt. Das Leitungswasser sei in der Provinz Taiwan zu 99,52%, in der Hauptstadt Taipei zu 99,96% und in der Hafenstadt Kaohsiung (Gaoxiong) zu 100% den Normen entsprechend, so die Umweltschutzbehörde.

Chen meint, im Vergleich zu den fortgeschrittenen Staaten, die bereits in den 70er Jahren Umweltressorts gegründet hatten, zeige Taiwan mit der Bildung seines Umweltschutzamtes erst 1987 eine relative Verspätung in Behandlung der Problematik. Seine Regierung habe es sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2000 die Umweltqualität der entwickelten Länder zu erreichen und 2010 ihr Niveau einzuholen. Allerdings sei der Etat für Umweltschutz z.Z. völlig unzureichend. (LHB, 10.-11.2.95; FCJ, 17.2.95)

Neben dem *Spiegel* haben im Berichtsmonat auch andere ausländische Zeitungen wie SCMP (12.2.95) und NfA (24.2.95) über die Umweltprobleme in Taiwan ausführlich berichtet. Im SCMP-Report wurde daran erinnert, daß noch Anfang der neunziger Jahre aktive Umweltschützer als "Hooligans" festgenommen wurden. Führende Demonstranten eines Sit-ins beim staatlichen Ölunternehmen China Petroleum Company, die gegen den Plan einer neuen Naphtha-Cracker-Fabrik im Mai 1992 protestierten, erhielten viereinhalb Jahre Freiheitsentzug. Die Petrochemie hat dem SCMP-Bericht zufolge bereits einen Anteil von 25% an Taiwans Brutto sozialprodukt. Krebs ist die größte Todesursache in Taiwan, und die Sterberate bei dieser Krankheit hat sich von 1960 bis 1990 verdoppelt, so der SCMP-Bericht. Nach dem Bericht des NfA-Reporters Detlef Rehn aus Taipei beträgt in Taiwan die durchschnittliche Dichte von Motorfahrzeugen 422 pro qkm (15fach höher als in den USA, nach SCMP) und die von Fabriken 2,7 pro qkm, d.h. die Weltspitze. Die Abfallmenge pro Kopf der Bevölkerung hat sich, nach dem Bericht von Rehn,

zwischen 1985 und 1993 von 0,47 kg auf 1,1 kg erhöht. Weniger als 70% dieses Mülls wird in Müllverbrennungsanlagen ordentlich beseitigt.

Die Umweltschutzbehörde wird von Rehn als "zahnloser Tiger" bezeichnet. "Wichtiger aber sind das schwach entwickelte Umweltbewußtsein bei den meisten politischen Entscheidungsträgern und damit auch in der Bevölkerung sowie die Tatsache, daß auch in Taiwan Umweltschutz immer noch sehr häufig als reiner Kostenfaktor angesehen wird." Dennoch sieht er die Situation nicht völlig hoffnungslos, weil die Regierung in den nächsten Jahren Taiwan zu einem Wirtschafts- und Finanzzentrum im asiatisch-pazifischen Raum umwandeln will und muß, um dieses Ziel zu erreichen, als Standort in jeder Hinsicht einschließlich des Umweltschutzes attraktiver für ausländische Investoren werden, besonders im Hinblick auf den Wettbewerb mit Singapur, weltweit als eine der saubersten Städte bekannt.

Vom 11. bis 14. Januar d.J. fand in Taipei die internationale Umweltschutzmesse "Enrotech '95" statt, an der über 300 Unternehmen teilnahmen. Nach dem o.g. Bericht von Rehn in NfA importierte Taiwan 1993 Anlagen und Ausrüstungen für die Beseitigung von Umweltschäden im Gesamtwert von 6,6 Mrd. NT\$ (400 Mio. DM), wovon über 3 Mrd. NT\$ auf Deutschland entfielen. In den Fiskaljahren 1995 bis 1997 werden von der Zentralregierung allein für die Abfallbeseitigung umgerechnet rd. 10 Mrd. US\$ veranschlagt. Das Schwergewicht liegt hierbei auf dem Bau von großen und kleinen Müllverbrennungsanlagen, verteilt über die ganze Insel. Gleichzeitig jedoch bemerkt Rehn, mit dem Kauf von "Hardware" allein sei es noch nicht getan. Umweltschutzanlagen und -ausrüstungen müßten in ein Gesamtsystem integriert werden. In dieser Hinsicht sei Taiwan sehr schwach, und letztendlich würden schließlich manche Entscheidungen durch Lobbyisten verwässert. -ni-

\*(33)

#### Höchste Scheidungsrate in Asien

Im vergangenen Jahr haben sich in Taiwan nach Angaben des Innenministeriums 164.408 Paare verheiratet und 31.882 Ehepaare scheiden lassen, das entspricht einer Heiratsquote von 7,79 und einer Scheidungsquote von 1,51 pro 1.000 Einwohner. Vor zehn Jahren

lag die Scheidungsquote bei nur 1,01 (19.015 Paare), damit ist sie innerhalb des zehnjährigen Zeitraums um 67,66% gestiegen.

Nach dem Stand von 1990 lag Taiwan mit einer Scheidungsquote von 1,36 hinter den Niederlanden mit 9,1 und den USA mit 4,7, aber vor Japan mit 1,27 und Hongkong mit 0,96. Davon ausgehend vermutet das Innenministerium, daß Taiwan wahrscheinlich die höchste Scheidungsquote in Asien hat, auch wenn es nicht mit Europa und Nordamerika zu vergleichen ist.

Von der Altersgruppe her gesehen, so heißt es, werden die 30-34jährigen am häufigsten geschieden. Emanzipation, bessere Ausbildung und Berufstätigkeit, liberale Einstellung zur Ehe sowie nicht ausreichende Sexualerziehung von Frauen sind - Analysen der demographischen Abteilung des Innenministeriums zufolge - verantwortlich für den Anstieg der Scheidungen. Darüber hinaus verheirateten sich taiwanische Frauen in heutiger Zeit auch viel später als in der Vergangenheit. Nach Ermittlung des Amtes für Budget, Rechnungswesen und Statistiken sind 35% der Frauen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren unverheiratet, und die Singles unter den 30-34jährigen Frauen haben einen Anteil von 11%. Beide Prozentsätze sind doppelt so hoch wie vor zehn Jahren. Durchschnittlich gesehen geht eine Frau im Alter von 22 Jahren zum erstenmal eine Ehe ein. Aber das Durchschnittsalter für die erste Ehe von Frauen mit Hochschulbildung liegt bei 25,5 Jahren. (FCJ, 10.2.95)

Die Zunahme von Scheidungen, später Heirat und kinderloser Familien von DINK ("double income no kids") haben zu der ständig sinkenden Geburtenrate beigetragen, die 1993 bei 1,56% lag, verglichen mit 2,06% vor zehn Jahren (1983). -ni-

---



---

## Hongkong und Macau

---



---

\*(34)

#### Aktuelle Wirtschaftsdaten von Hongkong

*Außenhandel:* Im vergangenen Jahr erreichten Hongkongs Reexporte eine Werthöhe von 947,9 Mrd. HK\$ (121,5 Mrd. US\$), 15% mehr als 1993, wäh-